

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Petitzeile 0,60 Reichsmark (Reklame 1,20 Reichsmark) zur Zeit der Abholung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

„Besitzbürgerblock“ und Sozialdemokratie

In der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Presse ist seit Monaten ein gewaltiges Schimpfen. Auf den „Besitzbürgerblock“, womit die gegenwärtige Regierungskoalition im Reiche umschrieben wird. Beinahe könnte man glauben, mit ihm sei der Teufel selber an die Regierung gekommen. So schlecht erscheint er in der roten Darstellung.

Um jedes Mißverständnis auszuschließen: Wir fühlen keinerlei Veranlassung, die gegenwärtige Reichsregierung bzw. die Koalition, die sie trägt, zu verteidigen. In der parteipolitischen Konstellation an sich haben wir hier nicht Stellung zu nehmen. Was die sozialpolitische Lage unter der jetzigen Reichsregierung angeht, so verweisen wir auf die an anderer Stelle dieses Blattes wiedergegebenen Ausführungen der „Rheinisch-Mainischen Volkszeitung“. Wir unterschreiben das dort Gesagte Wort für Wort.

Aber mit welchem Rechte schimpft die Sozialdemokratie? Die Wahrheit ist: An der gegenwärtigen Regierungskoalition im Reiche trägt sie selber die größte Schuld. Wie ihre ganze Koalitionspolitik der letzten sieben Jahre eine Komödie der Irrungen und Wirrungen war. Da von der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspressen andauernd versucht wird, die christlichen Gewerkschaften in den üblen Streit der Parteien hineinzuziehen, ja, sie für den gegenwärtigen politischen Zustand verantwortlich zu machen, sehen wir uns veranlaßt, einmal auf diese Dinge etwas näher einzugehen. Wir haben nämlich nicht Lust, den Prügelknaben für sozialdemokratische Parteidummheiten abzugeben.

Natürlich möchte die Sozialdemokratie, wie jede Partei, am liebsten allein regieren. Da sie aber noch nicht ganz so weit ist und wohl auch nicht sobald dahin gelangen wird, ist sie, nach der wiederholten Versicherung des „Vorwärts“ und anderer sozialdemokratischer Autoritäten, bereit, in einer Regierung der sogenannten Großen Koalition mitzutun. Diese erscheint ihr gegenüber dem bestehenden immerhin als der erwünschtere Zustand. Und damit sind wir schon in den sozialdemokratischen Koalitionsirrungen und Wirrungen mitten drin.

Die Große Koalition ist nämlich keineswegs eine sozialdemokratische Erfindung. Ihre Bildung wurde zuerst von dem seinerzeitigen preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald gefordert. Es war im Jahre 1921. Stegerwald hatte damals erkannt, daß das Vertrauen der kapitalistischen Siegerstaaten zum neuen deutschen Staatswesen nicht herzustellen sei, wenn nicht die großen Wirtschaftskräfte, die überwiegend in der Deutschen Volkspartei ihre politische Vertretung erblickten, mitverantwortlich an den Staatswagen gespannt würden. Er plädierte also für Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition. Darob große Entrüstung in der Sozialdemokratie und Beschimpfung Stegerwalds als Reaktionsär. Aber siehe da! Nur wenige Monate später beschloß die Sozialdemokratie auf ihrem Görtliker Parteitag die grundsätzliche Bereitschaft zur Großen Koalition, also genau das, was Stegerwald gefordert hatte und wofür er von derselben Sozialdemokratie so maßlos beschimpft worden war.

Praktisch freilich zögerte sie noch, aus diesem Gesinnungsumschwung die Konsequenzen zu ziehen. Sie zögerte auch dann noch, als wenig später, im Jahre 1922, der Reichskanzler Dr. Brüning die gleiche Forderung wie Stegerwald erhob und also auch im Reich die Bildung einer Regierung der Großen Koalition forderte. Die Sozialdemokratie kürzte sogar Dr. Brüning. Um freilich, wiederum nur Monate später (Sommer 1923), doch die Große Koalition zu machen, jetzt sogar unter der Führung des Volksparteilers Dr. Stresemann. So wunder-

bar verschlungene Wege ging damals die sozialdemokratische Regierungs-, weisheit“.

Und wie war es bei der Bildung der gegenwärtigen Reichsregierung? Vorher bestand eine Minderheitsregierung aus Demokraten, Zentrum, Deutscher Volkspartei und Bayerischer Volkspartei. Sie war überhaupt nur regierungsfähig durch die wohlwollende Neutralität der Sozialdemokratie, die denn auch gewährt wurde. Als dann im letzten Herbst die Sozialdemokratie sich mehrfach Seitensprünge erlaubte, nahm der Kanzler Marx Veranlassung, sie durch besondere Abmachungen fester an die Regierung zu binden. Alle Welt nahm an, daß damit ein erster fester Schritt zur Wiederaufrichtung der Großen Koalition getan sei, diese binnen weniger Wochen in aller Form entstehen würde.

Aber nun paßte diese Entwicklung der Deutschen Volkspartei nicht. Ihr Führer Scholz ging nach Jüterburg und hielt dort die bekannte Rede, worin er von „kapitalistischer Weltanschauung“ und der Unmöglichkeit, mit der Sozialdemokratie das Arbeitsschutzgesetz zu machen, sprach. Prompt fiel die Sozialdemokratie auf diesen taktischen Zug herein. Sie brachte, im Hinblick auf diese Rede, einen Mißtrauensantrag im Reichstage ein und erreichte auch tatsächlich den Sturz der Regierung. Nach wie vor aber war ihre offen verkündete Absicht, eine Regierung der Großen Koalition zu bilden. Nur verließen jetzt die Dinge nicht mehr münchgemäß. Die Sozialdemokratie hatte eben nicht bedacht, daß nach dem Sturze einer Regierung die Initiative von den Parteien auf den Reichspräsidenten übergeht. Dieser wünschte, wohl im Hinblick auf eine höchst ungeschickte Rede Scheidemanns über die Reichswehr, keine sozialdemokratische Regierungsbeteiligung. Dennoch ist der Versuch zur Einbeziehung der Sozialdemokratie gemacht worden. Er scheiterte im letzten Grunde, weil die an Ungeschicklichkeit nicht zu überbietende Taktik der Sozialdemokratie die parlamentarische Situation von Grund aus verderben hatte.

Stegerwald, der hier nur als Zentrumspolitiker und Staatsmann, nicht als christlicher Gewerkschaftsführer anzusprechen ist, hat sich bis zuletzt und in aller Öffentlichkeit gegen die Bildung der jetzigen und für eine Regierung der Großen Koalition ausgesprochen. Wenn er nun in der von ihm nicht gewünschten, aber von der Sozialdemokratie verschuldeten Regierungskoalition sich um die Wahrung der Arbeiterinteressen bemüht und dabei mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hat, dann sollte er dafür des Dankes der ganzen Arbeiterschaft gewiß sein, statt daß er mit Dreck beworfen wird, wie dies die sozialdemokratische und noch mehr die freigewerkschaftliche Presse zu tun beliebt.

Die Sozialdemokratie hat an den agitatorischen Hemmungen, die ihr während der Zeit ihrer unmittelbaren oder mittelbaren Regierungsverantwortung auferlegt waren, immer schwer getragen. Nun sie der Regierungsjorgen im Reiche los und ledig ist, macht sie lustig in Opposition. Das ist ihr an sich nicht zu verdenken. Nur sollte sie heberzigen, was einer der ihren, der rheinische Sozialistenführer Sollmann, kürzlich in der „Deutschen Republik“ (Nr. 33, 1927) schrieb: „Opposition ist nicht Demagogie. Außerhalb der Regierung zu stehen, berechtigt nicht zu sinnlosen Versprechungen, darf nicht zu einem gedankenlosen Herunterreißen der Regierungsparteien verleiten. Die schärfste Kritik ist auf die Dauer immer die schärfste...“

Mir fordern ein soziales Wohnungsdauerrecht!

Die deutschen Hausbesitzer streben bekanntlich die vollständig freie Wohnungswirtschaft an. Die „Deutsche Hausbesitzerzeitung“ schrieb in ihrer Nummer 1 von 1927, daß das Jahr 1927 im Zeichen des Kampfes um die Befreiungen von der Wohnungszwangswirtschaft und Mietzinssteuer stehen würde. Am 30. Juni d. J. lief das Mieterchutzgesetz und das Reichsmietengesetz ab. Die Wirtschaftspartei benutzte die Gelegenheit zu einem Vorstoß und verlangte die Aufhebung der gesamten Zwangswirtschaft. Sie unterbreitete dem Reichstag einen Gesetzesentwurf. Nach § 12 sollten das Reichsmietengesetz, das Mieterchutzgesetz und das Wohnungsmangelgesetz am 1. Juli d. J. außer Kraft treten. Die Wohnungsämter und Mietseiningangsämter sollten bis spätestens zum 1. Oktober 1927 aufgehoben werden. Es wurden dann noch einige verlässerte Uebergangsbestimmungen vorgeschlagen, aber auch diese sollten bereits am 30. Juni 1928 wieder außer Kraft treten. Wir hätten dann die völlig freie Wohnungswirtschaft. In einer Eingabe des Verbandes der Haus- und Grundbesitzervereine an die Reichs- und Landtagsabgeordneten wird betont: Dem deutschen Volke könne nur durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft geholfen werden.

Die Mietervereine und die Gewerkschaften haben versucht, diesen Anschlag der Hausbesitzer abzuwehren.

Wohl wissen die Mieter, daß die Zwangswirtschaft nicht für alle Zeiten aufrechterhalten werden kann, aber sie verlangen, daß nach Beseitigung der Zwangswirtschaft ein anderes Boden-, Wohn- und Mietrecht geschaffen wird, das den Zeitumständen mehr Rechnung trägt.

Das Aktionskomitee, in dem die Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen, Kleingartenvereine, Kriegsbeschädigten-Organisationen, Mietervereine, gemeinnützige Siedlungsgesellschaften, der Bund der Bodenreformer usw. vertreten sind, forderte in seinen Richtlinien im Dezember 1926 bereits, daß der Mieterchutz für alle Räume aufrecht zu halten ist bis zur Schaffung eines sozialen Reichswohnungswirtschaftsgesetzes als Dauerrecht.

Staatsminister a. D. Stegerwald wies im Reichstag schon vor Monaten darauf hin, daß die Bestimmungen des BGB. künftig nicht mehr ausreichen, sondern der Staat einen größeren Einfluß auf die Gestaltung des Boden- und Wohnrechts ausüben müsse. In dem von Dr. Brüning und Professor Diefauer kürzlich herausgegebenen Buche „Das nationale Bauprogramm“ schließt Stegerwald einen „Gewerkschaften und Bauprogramme“ überschriebenen Artikel, nachdem er für Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft eingetreten ist, bis Angebot und Nachfrage sich einigermaßen die Waage halten:

„Aber auch wenn dem Rufe nach Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft einmal stattgegeben werden soll, sind wir der Auffassung, daß es nicht angängig ist, dieses Gebiet wieder vollständig der freien Wirtschaft zu überantworten. Eine völlig freie Wohnungswirtschaft im kapitalistischen Sinne darf überhaupt nicht wieder hergestellt werden. Solange man mit städtischer Hilfe die Bautätigkeit fördern kann, solange durch die Hauszinssteuer Gelder dem Staat zufließen und als Tilgungsgelder zurückfließen, müssen sie zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse verwendet werden. Schon deshalb dürfen Staat und Gemeinde nicht tatenlos beiseite stehen. Erfolgt die Regelung allein nach dem Ermessen profitierender Unternehmer, dann werden damit die sittlichen und sozialen Belange der Bevölkerung zu wenig beachtet. Der Staat wird also künftig die Gestaltung des Wohnungswesens nach diesen Gesichtspunkten hin zu beeinflussen haben und auch der Mietpreisgestaltung seine Aufmerksamkeit widmen müssen.“

Die gewerkschaftlichen Organisationen sind vor Wochen schon in Beratungen über die Gestaltung eines Reichswohnungswirtschaftsgesetzes

Kollegen, lest den

„Deutschen“!

eingetreten. Sie halten es jedoch für zweckmäßig, daß zunächst die am 30. Juni ablaufenden Gesetze verlängert werden, um Zeit zu gewinnen, dieses soziale Gesetz eingehend zu beraten.

In den letzten Tagen haben sich auch die Mieterorganisationen mit dem Abbau der Zwangswirtschaft und der Schaffung des Reichswohnungswirtschaftsgesetzes beschäftigt. Der Bund deutscher Mietervereine e. V. (Sitz Dresden) hielt vom 9.-13. Juni in Hamburg seinen 22. Deutschen Mietertag ab, auf dem auch der Deutsche Gewerkschaftsbund durch Treffert, Berlin, vertreten war. In dem wohnungspolitischen Bericht wies der Bundesvorsitzende auf die Schwierigkeiten, die sich in immer größerem Umfange unserer Wirtschaft entgegenstellen, hin. Die Zwangswirtschaft könne zur Zeit unmöglich aufgehoben werden. Redner forderte ein neues Miet- und Wohnrecht, denn in der Wohnungs- und Siedlungsfrage liege der Wille zur kulturellen und wirtschaftlichen Wiedergeburt und Selbstbehauptung unseres Volkes. Auch durch die anderen Mieterate zog sich wie ein roter Faden immer wieder die Forderung der Aufrechterhaltung des Mieterschutzes, des Reichsmietengesetzes sowie des Wohnungsmangelgesetzes und der späteren Überführung in ein neues Mietrecht. Wie es einen Arbeiterschutz gebe, müsse es in Zukunft auch einen Mieterschutz geben.

In der einstimmig angenommenen Entschließung wird u. a. gefordert:

„Das Mietrecht des BGB. und die Bestimmungen der öffentlichen Wohnungswirtschaft sind völlig unzulänglich. Vor Abbau des geltenden Wohnungsnortrechts ist deshalb die Schaffung eines Reichswirtschaftsgesetzes erforderlich, das den Rechts- und Wirtschaftsaussparungen der Mehrheit des Volkes gebührend Rechnung trägt, und in dem die Grundlagen für eine soziale Wohnungsreform, die Einführung und Durchführung kommunaler Wohnungsordnungen mit Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege, die Durchführung kommunaler Wohnungsnachweise mit An- und Abmeldezwang und Strafandrohung für den Unterlassungsfall, eine umfassende Wohnungspatrolle und Wohnungsfürsorge geregelt werden.“

Auch der Reichsbund deutscher Mieter, der in Zwickau vom 9.-12. Juni tagte, stellte Richtlinien für die künftige Gestaltung des Wohn- und Mietrechts in Deutschland auf:

„Die Reichsverfassung, so wird gesagt, gibt jedem Deutschen den Anspruch auf eine gesunde Wohnung. Dazu müssen reichsgesetzliche Grundlagen geschaffen werden. Die öffentliche Hand muß das Recht haben, im Bedarfsfalle leerstehende Wohnungen zu beschlagnahmen. Ein großzügiger Kleinwohnungsbau, eingehende Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege tun not. Das Wohn- und Mietrecht muß so gestaltet werden, daß die Gemeindebehörden verpflichtet sind, für die Beschaffung des nötigen Wohnraumes zu sorgen. Die Gemeinden haben Neubauwohnungen bereitzustellen. Bei Mietwohnungen ist eine Verbindung des Arbeits- und

Mietvertrages unzulässig. Der Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege liegt es ob, auf eine gesunde, zweckmäßige Beschaffenheit aller Wohnräume zu achten, für die Aussicht über unbebaute Grundstücke in der Nähe von Wohnungen zu sorgen und alte Stadtviertel zu sanieren. Die zurzeit geltende Gesetzgebung über Mieterschutz usw. ist erst aufzuheben, wenn die ungeheure Wohnungsnot beseitigt ist.

Der Verlauf der Mietertagungen zeigt, daß der einheitliche Wille besteht, für die Aufrechterhaltung der bestehenden Wohnungsgesetzgebung die ganze Kraft einzusetzen und an der Gestaltung eines neuen Wohnungsgesetzes mitzuarbeiten.

In dieser Beziehung gewinnt der Beschluß des 22. deutschen Mieterkongresses Bedeutung, mit allen weisensverwandten Großorganisationen der Arbeitnehmer, Kleinrentner, Bodenreformer, Kriegsbeschädigten usw. sofort Fühlung zu nehmen, um eine gemeinsame große Plattform für den Weiterkampf zu schaffen. Auf beiden Tagungen wurde besonders Gewicht darauf gelegt, daß die nächsten Neuwahlen zu den politischen Parlamenten als Wahlsparole die Wohnungs- und Bodenfrage haben.

Die Reichsregierung gibt anscheinend dem Verlangen der Hausbesitzer nach Aufhebung des Mieterschutzes nicht statt. Sie wird dem Reichsrat in diesen Tagen die Verlängerung des Mieterschutzgesetzes und des Reichsmietengesetzes auf die Dauer von zwei Jahren vorschlagen. Wohl sind einige Änderungen vorgesehen, so bezüglich der gewerblichen Räume, weil die völlige Aufhebung des Mieterschutzes für diese Kategorie Härten gebracht hat. Ferner sollen die Räumungsklagen etwas erleichtert werden. Der Reichsrat hat aber diese Änderungen bereits abgelehnt. Wird das Gesetz angenommen, und daran dürfte kein Zweifel bestehen, weil es gänzlich ausgeschlossen ist, plötzlich die ganzen Schutzbestimmungen außer Kraft treten zu lassen, dann würde man die nächsten zwei Jahre benutzen zur Vorbereitung der Gestaltung eines Reichswohnungswirtschaftsgesetzes als Dauerrecht. Es liegen dann auch Erfahrungen vor, die man mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft in verschiedenen Ländern gemacht hat. Sodann ist das Ergebnis der Reichswohnungszählung bekannt, wodurch eine Beurteilung der gesamten Verhältnisse eher möglich ist.

Das eine steht fest, daß die nächsten zwei Jahre entscheidend sein werden für die künftige Gestaltung des Boden-, Wohn- und Mietrechts, auch deshalb, weil in dieser Zeit das Reichsheimstättengesetz sowie das preussische Städtebaugesetz verabschiedet werden sollen.

Prof. Treffert.

Kluge Worte

zum Arbeitszeitnotgesetz bzw. zur parlamentarischen Situation, aus der heraus es geschaffen werden mußte, finden wir in der „Rheinisch-Westfälischen Volkszeitung“ (Nr. 86). Dieses scharf republikanisch und demokratisch eingestellte Zentrumsblatt schreibt:

„Bei dem Kampf um das Arbeitszeitnotgesetz ging es von vornherein nicht um eine sozialpolitische Spezialfrage, noch weniger um die komplizierten Einzelheiten des Paragraphenwerkes, sondern hinter diesem Gesetz und allen seinen Einzelheiten stand die viel wichtigere Entscheidung: ob die Rechtsregierung imstande sei, die sozialreaktionären Tendenzen eines Besitzbürgerblocks zu unterdrücken. Stegerwald selbst hat das, als die Kompromißverhandlungen nach in den dicksten Schwierigkeiten steckten, in einer Münchener Rede so ausgedrückt: „Diejenigen, die die gegenwärtige Regierung erzwungen haben, haben jetzt praktisch zu beweisen, daß sie mit ihr nicht die sozialpolitische Reaktion, sondern die Stärkung des nationalen Lebenswillens des deutschen Volkes wollten.“ Das war in der Tat der entscheidende Gesichtspunkt. Eine andere Frage hing eng damit zusammen: Sind die aus den christlichen Gewerkschaften hervorgegangenen Parlamentarier innerhalb der Regierungsparteien stark genug, um sich in sozialpolitischen Dingen erfolgreich durchzusetzen? Auf beide Fragen liegt jetzt in der Gestalt und in dem Verdegang des Arbeitszeitnotgesetzes die Antwort vor. Sie richtig zu deuten, ist für die zukünftige Entwicklung von großer Wichtigkeit.

Da ist zunächst festzustellen, daß die sozialreaktionären Tendenzen in dem neuen Block der Regierungsparteien tatsächlich sehr stark sind. Es fällt uns nicht ein, alle diejenigen in Bauisch und Bogen einer sozialreaktionären und arbeiterfeindlichen Front zuzurechnen, die aus irgendwelchen Gründen vom Standpunkt des Arbeitgebers aus den Wünschen der Gewerkschaften und später den Kompromißformeln des Gesetzes entgegentraten. Wir nehmen ohne weiteres an, daß auch von vernünftigen Arbeitgebern sachliche Gründe ins Feld geführt werden können, die ernsthaft zu diskutieren sind. Aber es ist gewiß nicht unsere Schuld, wenn innerhalb der jetzigen Regierungsmehrheit auch solche Fragen der scharfen und schneidenden Luft politischer Kämpfe ausgesetzt werden, die unter anderen Umständen wahrscheinlich ruhiger und sachlicher gelöst werden könnten. Vielleicht dämmert jetzt auch in den maßgebenden Kreisen der Deutschen Volkspartei die Einsicht, wie unklug und vertehrt es war, in einer Zeit riesenhafter Arbeitslosigkeit die sozialpolitischen Diskussionen mit den psychologischen Druck einer Rechtsregierung zu belasten. Solange aber diese Rechtsregierung besteht, solange gelten auch in sozialpolitischer Hinsicht die Gesetze ihrer inneren Dynamik, und die sozialreaktionären Tendenzen dieser Regierung werden praktisch nicht so stark sein und bleiben, wie sie wirklich sind, sondern so stark und gefährlich, wie sie unter dem Gesichtswinkel der Arbeitnehmer aussehen. Die wirkliche sozialreaktionäre Gefahr der gegenwärtigen Regierungsmehrheit wird deshalb nicht an dem Teil des Regierungsblocks abzulesen sein, der sich seiner Dynamik beugt und aus politischen Gründen Konzessionen macht, die er aus sozialpolitischen Gründen verweigern möchte, sondern an dem Teil, der sich jener Dynamik entziehen will. In diesem Zusammenhang ist es sehr wichtig, daran zu erinnern, daß bei der Endabstimmung über das Arbeitszeitnotgesetz von der 51 Mit-

Rundfunk im Gewerkschaftsleben

Unanfechtbar geht die Entwicklung ihren Gang. Eine Kulturereigniszeitung sagt die andere. Gerade das gegenwärtige Zeitalter ist so reich an Beweisen hierfür. Auch nur ein flüchtiger Ueberblick über die Entwicklung etwa der letzten hundert Jahre gibt Aufschluß. Um nur einige Andeutungen stichwortartig aus dem Gebiete der Technik zu geben: Man überdachte die Entwicklung vom Klempner zur raffinierten, beweglichen Lichtreflexe; von der ersten Anwendung der Dampfkraft bis zu den heutigen riesenhaften Dampfmaschinen; von den ersten Versuchen mit den eigenartigen Flugzeugen bis zur stolzen, weltbewegenden Ueberquerung des Ozeans, oder von den derzeitigen Niederlagen eines Zeppelin bis zur Deutschland-Amerika-Fahrt eines Condor; von der „Laterna magica“ bis zur derzeitigen grandiosen Filmbildung; vom einfachen Segelflug bis zum hochmodernen Schnellflug; von den Erzeugnissen der jüngsten Schloßerwerkstatt bis zum gigantischen Brückenbau; vom primitiven Bohrhäuschen bis zum luxuriösen Hochhaus der Volkenträger und so fort. Eine gewaltige Entwicklung!

Sicher nimmt der Rundfunk in der modernen Entwicklung nicht die letzte Stelle ein. Auch hier ungeheure Fortschritte. Ist es nicht etwas Fabelhaftes, etwas Gewaltiges, daß von einem Ende der Welt zum anderen Ende Unterhaltungen, Vorträge, Konzerte, für das politische wie wirtschaftliche Leben unbedingt wichtige Mitteilungen mit blitzartiger Geschwindigkeit übertragen und empfangen zu können? Heber Landende von Kilometern gehen die Radiosendungen hin. Jegliche Entfernung wird überwunden. Und zu der einzigartigen Möglichkeit der Uebertragung auf unermessliche Entfernungen gesellt sich die bewundernswürdige Klarheit in der Benutzung des Rundfunks. Alle irdischen Gebiete sind von ihm erfüllt: Wissenschaft, Kunst, Fachwelt, Sport, Vorgänge des alltäglichen Lebens. Man durchblättert die Rundfunkprogramme, und beifolgende Sicherheit ist zu erkennen: religiöse Messen; eine Viertelstunde über Götter; Dichtwerke; Uebertragung aus dem Theater; keine Aufzählungen der Weltliteratur; die

Mutter in Gedicht und Lied; Fragen der Hygiene; neue Ernährungsfragen; heitere Stunden; Kammermusik; Operette; fünf Minuten der Hausfrau; Stunde der Jugend; Tanzmusik; Uebertragung des Konzerts; Jahrestag eini und jetzt; Meister moderner Staatskunst und so fort. Inz Unübersehbare könnten die Gebiete aufgezählt werden, auf denen sich der Rundfunk betätigt.

Wer möchte da nicht wünschen, daß diese Erregungsjahre auch voll und ganz dem Arbeiterstande zugute kommen möge? Erfreulicherweise sind unter den Hunderttausenden von Rundfunkteilnehmern auch die Arbeiter ansehnlich vertreten. Schon die äußeren für den Rundfunk notwendigen Anlagen in unseren Städten, in unseren Arbeitervierteln, lassen die starke Teilnahme der Arbeiterjahre erkennen. Auch sie will teilhaben an den Erregungsjahren der Kultur. — Ist es nicht das Verdienst der Gewerkschaften, bei den Arbeitern mit das Verständnis für ausreichende Beteiligung an solchen Erregungsjahren gewekt zu haben? Haben nicht die Gewerkschaften wesentlich an der geistigen Hebung des Arbeiterstandes gearbeitet? Ja, mehr noch! Sie haben das alleinige Verdienst, die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter herbeigeführt zu haben, die es erst dem Arbeiter ermöglichte, sich die Teilnahme an den Kulturfortschritten zu sichern.

Die hier erzielten Erfolge können nur ein neuer Ansporn sein zu weiterer Tätigkeit. Auch dem letzten Arbeiter muß die Möglichkeit gegeben werden, den ihm zufallenden Anteil an den Gütern der Kultur sich zu verschaffen.

So sehen wir ja auch, wie der Rundfunk auf die Bedürfnisse des Arbeiters billige Rücksicht nimmt. Von den Gebieten des Allgemeinwissens, der Allgemeinbildung ist der Arbeiter nicht ausgeschlossen. Auch er wird hier Weiterbildung, Hervollkommnung finden. Aber auch die für den Arbeiter besonders wichtigen Spezialgebiete finden billige Berücksichtigung. Wir „hören“: von der Verständigungsmöglichkeit in der Wirtschaft; über volkswirtschaftliche Grundbegriffe; Gewerkschaft und Auswanderungsproblem; von der Mieterfrage; praktische Winde für den Kleingärtner; Alkohol und Kriminalität; von euro-

päischer Sozialpolitik; Rolle der Gewerkschaften in der Volkswirtschaft usw. Die sogenannten „Arbeiterstunden“ wenden sich insbesondere an die Arbeiterjahre. Wir hörten also angesehene Führer der deutschen Arbeiterbewegung auch im Rundfunk von Belangen der Arbeiterjahre reden. Und wir christliche Gewerkschaftler erinnern uns besonders gerne der vielbeachteten Rundfunkrede, die Adam Stegerwald unlängst über den Aufstieg der Arbeiterjahre hielt. Also wird auch dem Arbeiterstande durch den Rundfunk mancherlei geboten. Mehr noch für seine Bestrebungen Sinn und Verständnis in den übrigen Bevölkerungsschichten gemeldet. Gründe also genug, dem Rundfunk alle Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Daß aber mit dem Rundfunk dem Arbeiterstande allein nicht geholfen werden kann, liegt ja wohl ganz klar zutage. Daß erst recht die organisierte Selbsthilfe der Arbeiterjahre erforderlich ist, um überhaupt in den Genuss der Kulturgüter zu gelangen, muß immer wieder und auch im Zusammenhange mit einer Betrachtung über Rundfunk im Gewerkschaftsleben nachdrücklich betont werden. Ja, das ist um so notwendiger, als mit der Intensivierung des Rundfunks im Arbeiterlager Hemmungen für die gewerkschaftliche Betätigung verbunden sein können. Ist doch schon jetzt hier und da zu bemerken, daß das „interessante Programm“ des Rundfunks den Grund abgab für die Verhinderung bei der gewerkschaftlichen Betätigung. Dieses wurde der Teilnahme an der Versammlung vorgezogen. Das Programm war wichtiger als die Gewerkschaftssitzung, das Programm erregte die Mitwirkung bei der gewerkschaftlichen Kundgebung. Die Verfehltheit in die Programme machte die Uebernahme eines Amtes in der Gewerkschaft unmöglich. Solche Vorgänge bleiben hoffentlich Ausnahmeerscheinungen. Die gewaltige Erregungsjahre des Rundfunks darf keinesfalls zur Verflachung des Gewerkschaftslebens führen. Darf nicht zur „Verpfehlung“ des standesbewußten Arbeiters beitragen. Rein, alle und jegliche Fortschritte, auch die des Rundfunks, müssen in den Dienst der gesunden Bestrebungen der Arbeiterjahre gestellt werden. Das ist aber nur möglich, wenn eine lebendige, tatkräftige Orga-

Jeder starken Fraktion der Deutschen Volkspartei ist weniger als 23, also beinahe 50 Prozent gegeben. Was diese Zahl bedeutet, wird ohne weiteres klar, wenn man bedenkt, daß das Gesetz nur mit einer Mehrheit von 12 Stimmen (196 gegen 184) angenommen wurde. Hier also liegt der Gefahrenpunkt.

Nun ist freilich das Gesetz trotz dem angenommen worden. Daß man daraus schließen, daß die sozialpolitisch eingestellten Gruppen der Regierungsmehrheit stark genug sind, um sich auch auf die Dauer behaupten? Stegerwald hat wiederholt erklärt, daß die Rechtsregierung, die den sozialpolitischen Fortschritt nicht fördern wolle, mit ihrer eigenen Existenz ziele. Das ist ein starkes Wort, und es ist gewiß gut, daß es gesprochen wurde. Es stützt sich auf die Tatsache, daß — von der Zentrumsfraktion ganz abgesehen — allein die Zahl der christlichen Gewerkschaftler in den Fraktionen des Regierungsblocks ausreichte, um in diese Regierung in die Minderheit zu versetzen. Aber es wäre doch eine gefährliche Illusion, daraus zu schließen, daß nun die christliche Gewerkschaftsgruppe die Sozialpolitik der Rechtsregierung diktieren könne. Wenn dem so wäre, dann hätte das Arbeitszeitgesetz wirklich anders aussehen müssen, und ein Mann wie Stegerwald hätte — von außenpolitischen Erwägungen abgesehen — keinen Grund gehabt, sich gegen die neue Koalition so zu sträuben, wie er es tatsächlich getan hat. Auch der Einfluß der christlichen Gewerkschaften kann die Grenzen nicht überschreiten, die in der gesamtpolitischen Situation gezogen sind, und die Konsequenzen eines Regierungsturzes bilden keine Barriere, die zum mindesten nicht in jedem beliebigen Augenblick übersprungen werden kann. Daß insbesondere Stegerwald innerhalb dieser Grenzen, die er von sich aus nicht verrücken kann, das Wenstmögliche geleistet und erreicht hat, wird niemand in Frage stellen können.

Allgemeine Rundschau

Sozialdemokratie und Christentum

Es ist nicht zu leugnen, daß die Führer der Sozialdemokratie ihr antireligiöses Wollen nicht mehr so offen zur Schau tragen, als das noch vor Jahren der Fall war. Aus taktischer Klugheit. Aus organisatorischer Berechnung. Weil sie die religiöse Verwurzelung unseres Volkes, auch der Arbeiterschaft, kennen, und weil sie wissen, daß ihnen jedes weitere Vordringen verwehrt ist, wenn sie ihre Tendenzen offen und ehrlich zur Schau tragen. Nun aber ist eine so reine Diplomatie nicht jedermanns Sache, und so müssen die Taktiker vom Schlage Sollmanns immer wieder zu ihrem Bedauern feststellen, daß ihre Blätter in Lande bei jeder Gelegenheit erkennen lassen, woher sie kommen und was sie im letzten Grunde erheben. So brachte, um nur zwei Beispiele anzuführen, die sozialdemokratische „Groß-Frankfurter Volksstimme“ (Nr. 138, 1927) folgende Notiz:

„Fronleichnam. Heute begehen die Katholiken das Fronleichnamsfest. Die Fronleichnamsfest wird schon viele Jahrhunderte von der katholischen Kirche begangen. Zunächst im Jahre 1226 nur im Bistum Lüttich in Belgien eingeführt, wurde

die Feiern laut und vernehmlich die Belange der Arbeiterschaft in den Vordergrund stellt.

Die Arbeiterschaft und die Arbeiterbewegung führen ihr Eigenleben. Diesem Eigenleben, das nicht selten wesentlich abweicht von dem Eigenleben der „Bourgeoisie“, muß, wo nötig, recht kräftig Geltung verschafft werden. Wir wissen doch als Arbeiter, daß es nicht immer mit dem Mundspitzen getan ist, daß viel mehr manchmal recht kräftig gepöffelt werden muß. Wer möchte behaupten, daß eine aus dem Eigenleben der Arbeiterschaft erforderliche Sprache immer dem feichten Milieu des allgemeinen Rundfunk-Publikums zuträglich ist? Man würde sich ferner dieser Sprache entziehen. Es müssen sorgfältige Formulierungen gesucht werden. Sie müssen dem Milieu des allgemeinen Rundfunkkreises angepaßt werden. Vielleicht gar wird die Bedingung der sorgsam gewählten Behandlung gestellt. Man möchte doch die andern nicht vor den Kopf stoßen.

Bei aller Anerkennung der Dienste, die der Rundfunk der Arbeiterbewegung angedeihen lassen kann, ist also ebenso klar, daß die lebendige, tatkräftige gewerkschaftliche Betätigung in den Vordergrund gestellt werden muß. Nur so kann ausreichende Voraussetzung für den Rundfunk im Gewerkschaftsleben geschaffen werden. Wie wir heute von dem deutschen Rundfunk hören, so werden wir zu dem nächsten, gediegenen Arbeiter- oder Gewerkschafts-Rundfunk kommen müssen. Sicher wird das um so eher geschehen, je mehr sich auch hier die Arbeiterschaft Geltung verschafft. Den Arbeitersünden müssen ausgewählte Programme für die Arbeiterschaft folgen. Nicht etwa, als wenn ein jeder Arbeiter zu einem Unberufenen gemacht werden sollte. Der Rundfunk allein wird nie der Weisheit letzter Schluss werden. Wird das ganze Dasein des Menschen, des Arbeiters befriedigen können. Aber er wird wesentlich unsere gewerkschaftliche Arbeit fördern können. Vieles kann hier geschehen zur reiflichen Vermittlung der Gleichberechtigung des Arbeiterstandes. Widmen wir uns deshalb mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften der gewerkschaftlichen Betätigung. Gütten und pflegen wir dann auch den Rundfunk im Gewerkschaftsleben.

Am 2. Juli 1927 ist der siebenundzwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1927 fällig.

Die 1264 durch den Papst Urban IV. für die ganze katholische Christenheit angeordnet. Ohne das Schaugepänge großer Prozessionen, das auf Kinder und naive Menschen immer wieder starken Eindruck macht, wäre dieses Fest kaum noch so beachtet, wie es noch immer wird. Die katholische Kirche hat aber immer verstanden, ihre Kulthandlungen mit äußerlichem Pomp zu umgeben und auch mit diesem Mittel die Gemüter zu beherrschen.

Und die „Schwäbische Volkswacht“, das Hauptorgan der Sozialdemokratischen Partei Württembergs, schrieb in ihrer Nr. 120 vom 25. Mai 1927 unter der Überschrift „Himmelfahrt“:

„Der Himmelfahrtsmythos gehört der Vergangenheit an. Wo es sich um oben oder unten handelt, da ist für uns alles relativ geworden. Weder ist oben der Himmel, noch unten die Hölle. Diese Begriffe sind für uns ins Unendliche ausgewertet. Himmel und Erde kreuzen sich in des Menschen Seele, und seine ewige Sehnsucht geht dahin, daß aus der Hölle des Lebens und der Erde der Himmel werde.“

Die „Schwäbische Volkswacht“ soll sich nur keiner Täuschung hingeben. Das Christentum wird noch bestehen, wenn der Sozialismus längst der Vergangenheit angehört.

Regierungsrat a. D. Dr. jur. Walter Pitschke

Der uns nahestehende Deutsche Versicherungs-Konzern, in dem bekanntlich die Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktiengesellschaft und die Deutsche Feuerversicherung Aktiengesellschaft zusammengefaßt sind, hat soeben einen herben Verlust erlitten. Sein Vorstandsmitglied, Regierungsrat a. D. Dr. jur. Walter Pitschke, ein mit hohen Gaben ausgestatteter Verwaltungsbeamter, ist am Dienstag, dem 21. Juni d. J., plötzlich im 58. Lebensjahre an Herzschlag verstorben. Er hatte noch am Tage vorher an den Aufsichtsratsitzungen beider Gesellschaften teilgenommen, sie aber eines Schwächeanfalles wegen vorzeitig verlassen müssen. Daheim ereilte ihn dann der Tod. Es war ihm noch vergönnt, den großen Aufstieg der von ihm geleiteten Unternehmen zu erleben und zu sehen, wie der von ihm mit großem Eifer propagierte vorbeugende Gesundheitsfürsorgedienst von einer großen Anzahl deutscher und ausländischer Gesellschaften mit übernommen wurde. Wir werden diesem ausgezeichneten Manne ein dauerndes Andenken bewahren!

Tarifbewegung

Reichstarifverhandlungen im Stuck- und Gipfergewerbe

Die Verhandlungen am 21., 22. und 23. Juni führten zu einem Reichstarifvertragsentwurf. Die Parteien, sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer erklärten, für Unannehmlichkeiten bei ihren Mitgliedern einzutreten zu wollen. Erklärungsfrist ist am 26. Juli. In der nächsten Nummer der „Baugewerkschaft“ werden wir auf den Inhalt des Vertrages zurückkommen.

Bezirk Köln

Verwaltungsstelle Bonn. Trotz des Lohnabkommens vom 30. April in Köln mit dem Westmarkverband, wonach Honnef und Königswinter eine Lohnaufbesserung von 13 Pf. bekamen, glaubten die Bauunternehmer Breden, Rheinische Baugesellschaft, Gelsdorf und Müller (alle aus Honnef) diese Lohnaufbesserung nicht zahlen zu brauchen. In ihrer Auffassung wurden sie noch von dem Syndikus Dr. Strick aus Köln bestärkt. Alle andern Unternehmer von Königswinter und Honnef zahlten den vereinbarten Lohn. Mehrmalige Verhandlungen mit den genannten Unternehmern führten zu keiner Einigung, so daß eine Verzögerung bis zum 18. Juni erfolgte. Die übrigen Unternehmer, welche bereits den Tariflohn zahlten, drohten mit Abänderungen. Da alle gültlichen Vorstellungen nichts nützten, rief den Kollegen endlich der Gebuldsfaben. In der Versammlung am 18. Juni in Honnef wurde, der Streik bei den vier Firmen beschlossen. Den Sonntag, den 19. Juni, benutzten die Kollegen dazu, die lärmigen Kollegen und die Unorganisierten von der Wichtigkeit des Vorhabens zu überzeugen, was auch reiflos gelang. Am Montag, dem 20. Juni, versammelten sich alle Bauarbeiter früh um 7 Uhr im Streiklokal, und dann ging es geschlossen zu den Unternehmern hin, welche sich bei ihrem Führer Breden versammelt hatten, um mit denselben eine Besprechung zu erreichen, was auch gelang. Hier konnte man feststellen, daß der hartnäckige Widerstand der Unternehmer mit einem Male verschwunden war, als sie sahen, daß die Bauarbeiter Ernst machten und einig und geschlossen waren. In einer Stunde war der Streik zu Ende und die vier Unternehmer Breden, Rheinische Baugesellschaft, Gelsdorf und Müller waren zur Anerkennung und Auszahlung des Tariflohnes ab 2. Mai d. J. bereit. Der Erfolg war also ein dreifacher: 1. Die den Tariflohn zahlenden Unternehmer nehmen keine Reduzierungen vor. 2. Alle Unternehmer zahlen nun den Tariflohn. 3. Die Unorganisierten haben endlich den Weg zur Organisation gefunden.

Es sei noch mitgeteilt, daß nun alle Sacharbeiter beschäftigt sind, nur von den Hilfsarbeitern ist noch ein größerer Teil arbeitslos.

Die Arbeitszeit von acht Stunden wird auf den meisten Baustellen innegehalten. Wo dieses nicht der Fall ist, sind die erforderlichen Schritte eingeleitet und wird dort hoffentlich auch bald Wandel geschaffen sein. In der Mitgliederentwicklung geht es dauernd aufwärts.

Bezirk Münster

Münster i. W. Der Streik der Fliesenleger ist beendet. Die Arbeit wurde am 25. bzw. 27. Juni wieder aufgenommen.

Aus dem Verbandsleben

25 Jahre christlicher Bauarbeiterverband in Paderborn

Am 19. Juni konnte die Verwaltungsstelle Paderborn die Feier ihres 25jährigen Bestehens feiern. Die wirtschaftliche Not, welche zu Ende des verflochtenen Jahrhunderts herrschte, brachte die Bauarbeiterschaft von Paderborn und Umgebung auf den Gedanken einer gemeinsamen Abwehr, und so wurde im Jahre 1902 eine Verwaltungsstelle des Verbandes christlicher Maurer und verwandter Berufe errichtet. Den Vorsitz übernahm der Kollege Wilhelm Eilebrod. Es war wahrlich keine leichte Aufgabe, den Gedanken der Organisation in die Herzen der Bauarbeiter zu bringen und für ihre Weiterbildung zu sorgen. Die Arbeit ist aber freudigen Herzens geleistet worden, und der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Wenn auch durch die wirtschaftliche Lage der letzten 25 Jahre oftmals ein Stillstand in den Mitgliederzahlen eintrat, so kann doch festgestellt werden, daß jetzt, im Jubeljahre, 650 Mitglieder der Verwaltungsstelle Paderborn angehören. In allen Jahren seines Bestehens hatte der Verband große Schwierigkeiten zu überwinden. Mancher Kollege mußte wegen seines Eintretens für die Rechte der Bauarbeiter die Entlassung ersehen, denn die Unternehmer waren dem selbständigen, sozialen Vorwärtsdrängen der Bauarbeiter abhold. Trotz alledem steht heute unser Verband in Paderborn gefestigt da, und ebenso hat er an Ansehen und wirtschaftlicher Bedeutung gewonnen. Als ein Zeichen des inneren Zusammenhaltes konnte bei der Jubelfeier auch die neue Fahne eingeweicht werden.

Eingeleitet wurde die Feier durch einen imposanten Festzug, an dem sich nahezu 600 Kollegen beteiligten. Stolz wehte die neue Fahne voran. An der Spitze marschierte die Jugendgruppe in der Stärke von 50 Lehrlingen. Auch waren einige Deputationen aus anderen Verwaltungsstellen erschienen, darunter auch Stahle mit der Fahne. Die Feier begann um 3 Uhr in den Räumen des Piushauses. Die Musikkapelle des Piusarbeitervereins und der Männergesangsverein „Liederkrantz“ unter Leitung seines Dirigenten, Herrn Gewaltig, verschönten durch ihre Darbietungen die festliche Veranstaltung. Der Kollege Schlichting sprach einen kernigen Festprolog. Dann hielt Kollege Werner die Begrüßungsansprache. Hinweisend auf den herrlichen Festzug, betonte er die Bedeutung des heutigen Jubelfestes und sprach allen denen herzlichen Dank aus, welche in der Verwaltungsstelle so treu und fest zusammengestanden haben, um die heutige Stärke des Verbandes in Paderborn zu erreichen. In Anerkennung der geleisteten Arbeiten und Erfolge sei in allen Herzen eine freudige Stimmung und auch eine kraftvolle Willensmeinung zu weiterem Vorwärtstreben. Die Bauarbeiterschaft von Paderborn und Umgebung wird in dem Kampfe um die Rechte des Arbeiterstandes, wie bisher, stets in den vordersten Reihen stehen. Er begründete eine große Anzahl von Ehrengästen, insbesondere den Herrn Oberbürgermeister Haerten, den Geistlichen Rat Schäfers, einen alten treuen Freund der christlichen Gewerkschaftsbewegung, ferner den Präses des Piusarbeiterbundes, Dombilar Westmann, den Führer der katholischen Arbeitervereine, den Kollegen Niemisch als Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes Minden-Ravensberg-Lippe, den Kollegen Willinghöfer, Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsauschuss Paderborn, ferner die Vertreter der Bruderverbände sowie mit besonderer Herzlichkeit den zweiten Verbandsvorsitzenden, Kollegen Schmidt-Berlin, und die beiden Jubilare Wilhelm Eilebrod und Franz Kalbers.

Oberbürgermeister Haerten entbot im Namen der Stadtverwaltung dem Zentralverbande christlicher Bauarbeiter, Verwaltungsstelle Paderborn, herzlichste Glückwünsche zu diesem Jubel- und Ehrentage. Er glaubte, sagen zu dürfen, daß die ganze Bevölkerung die Bestrebungen der christlichen Arbeiterschaft, die den uralten Gedanken der christlichen Standesorganisation wieder aufgegriffen und zur Entfaltung gebracht habe, mit Interesse und zum großen Teil auch mit Sympathie und großer Anteilnahme verfolgte. Die christlichen Gewerkschaften treten für die Interessen der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiete ein. Das ist ihr gutes Recht. Aber sie tun es im Zusammenwirken mit anderen Ständen des Volkes unter Ablehnung des Klassenkampfes, der unser Volk nur noch mehr auseinanderbringen könnte. Der Redner weist auf die Bedeutung des Baugewerbes als Schlüsselgewerbe, namentlich in der heutigen Zeit hin und betont, daß es im Interesse der Allgemeinheit liege und dem Wirtschaftsleben Deutschlands von größtem Nutzen sei, wenn es dem Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber wirtschaftlich gut gehe. Aus allen diesen Gründen und im Hinblick auf das Erreichte und die

weiter zu erstrebenden Ziele und Forderungen der gesamten christlichen Arbeiterbewegung sei es erforderlich, daß alle christlichen Arbeiter ihre hohe Aufgabe erkennen und durch Stärkung ihrer Reihen für die Durchführung ihrer gerechten Forderungen sorgen. Zum Schluß wiederholt der Redner seine Glückwünsche. (Stürmischer Beifall.)

Geistlicher Rat Schäfers beglückwünschte den Verband und die beiden Jubilare. Er bemerkte, daß es ihm nicht leicht geworden sei, hier zu erscheinen, denn soeben komme er von der Leiche seines Freundes, des Prälaten Schatter, welche aus Amerika hier eingetroffen sei. Dennoch sei er hierhergekommen, um zu zeigen, daß sein Interesse für die christliche Arbeiterbewegung nach wie vor lebendig sei. Der Redner ruft die Erinnerung wach an die ersten Jahre der Bewegung und gedenkt dabei der hingebenden Arbeit so mancher braven christlichen Arbeiter, insbesondere der beiden Jubilare und des verunglückten Kollegen Josef Sommer und anderer, die bei der Gründung waren und durch den Tod abgerufen sind. Wenn der Geist der Hingabe und Selbstlosigkeit, der treuen Pflichterfüllung, wie er bei den Gründern vorhanden war und der die Führer der christlichen Arbeiterbewegung auszeichnet, auch ferner in der christlichen Arbeiterschaft erhalten bleibt, dann brauchen wir um den Fortschritt und Aufschwung der christlichen Arbeiterbewegung nicht besorgt zu sein. Die christlichen Bauarbeiter standen stets im Bordertreffen der Bewegung, und so muß es ferner sein und bleiben. Gesinnt um die neue Fahne und in Eintracht mit ihrer bewährten Leitung wünsche ich nochmals viel Glück auf allen Wegen. (Stürmischer Beifall.)

Namens des Bauarbeiterbundes überbrachte Dominik Westmann herzliche Glückwünsche. Gewerkschaft und Arbeiterverein seien immer wie zwei Brüder nebeneinander marschiert, und aus dem christlichen Gewerkschaften sei der Arbeiterverein herausgewachsen. Den Jubelverein begrüße er besonders herzlich und freudig, denn unter den Bauarbeitern sei der Zusammenhalt immer besonders stark gewesen. Das habe sich gezeigt bei der Ausführung des Baues, in dem jetzt die Festversammlung tagt. Möge das heraldische und fördernde Verhältnis zwischen den christlichen Gewerkschaften und den katholischen Arbeitervereinen immer bestehen bleiben. (Lebhafter Beifall.)

Kollege Willinghöfer überbrachte die Glückwünsche der gesamten christlichen Bruderverbände. Er verwies auf die treue Zusammenarbeit und Kampfgenossenschaft und sprach die Hoffnung aus, daß aus dem Jubelfest der christlichen Bauarbeiter Befruchtung und neue Werbekraft für alle Ortsgruppen erblühen möge. Als Zeichen der Anerkennung überreichte er im Auftrage des Deutschen Gewerkschaftsbundes ein Diplom.

Darauf wurde die Weihe der neuen Fahne vorgenommen. Bezirksleiter Berner sprach kurz über den Sinn und die Bedeutung der Fahne. Wie ihre Beschaffung durch den Opfersinn der Kollegen möglich geworden ist, so soll sie für immer ein Symbol der Eintracht und Geschlossenheit sein, das Banner, um das sich die Bauarbeiter von Paderborn und Umgebung jähren. Möge es wehen und die christlichen Bauarbeiter zu Sieg und Erfolg führen! Die Fahne bezeugt in bildlicher Darstellung und Inschrift den Gedanken, daß in Einigkeit und Geschlossenheit die Stärke der Organisation beruht. Er übergab dem Verwaltungsvorsitzenden die Fahne zu treuen Händen und forderte die Verbandsmitglieder auf, ihre neue Fahne stets zu ehren und zu schützen.

Gleichzeitig wurde die Jugendgruppe des Verbandes durch den Bezirksleiter geehrt, indem er derselben einen Wimpel überreichte. Er richtete die Mahnung an die jungen Kollegen, getreu und fest unsere gerechte Sache zu vertreten. Als gutes Beispiel stelle er die Jubilare hin. Jung und alt müssen die Kollegen zusammenstehen, und der Erfolg wird nicht ausbleiben. Mögen sich daher die letzten Lehrlinge und Jugendlichen unserer Organisation anschließen und juchend und treu den Standpunkt der christlichen Solidarität verteidigen. (Großer Jubelsturm.)

Hierauf wurde von Fräulein Beßphaal, der Tochter unseres langjährigen Kassierers, ein Fahnen-Frolg vorgetragen.

Der Kollege Niemisch aus Bielefeld, Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes von Hindenburg und Lippe, überbrachte die Glückwünsche aller dortigen christlichen Gewerkschaftler und überreichte einen Fahnen Nagel.

Die Freude hielt der zweite Zentralvorsitzende, Kollege Schmidt, Berlin. Er überbrachte die Glückwünsche des Hauptverbandes und erinnerte an die Gründung vor 25 Jahren, die er damals als Bezirksleiter für Rheinland und Westfalen vorgenommen habe. Er gedachte dabei dankbar der Unterstützung, die er von dem Führer der christlichen Schneidergruppe in Paderborn, Herrn Fättemeyer, erhalten hatte, welcher auch an der Jubelfeier teilnahm. In der Gründungsversammlung wurden lediglich 20 Mitglieder anwesend, ein schöner Erfolg, wenn man bedenkt, daß es nicht leicht war, in der damaligen Zeit sich als christlicher Gewerkschaftler zu bekennen und zu betätigen. Die christliche Arbeiterbewegung ist in den letzten Jahren mächtig gewachsen und erhebt, trotz vieler Schwierigkeiten und Hemmnissen, mit denen sie zu kämpfen hatte. Der Redner verwies in dieser Zusammenhang auf das früher, die gewerkschaftliche Tätigkeit einengende Betribsgericht und auf den ungeliebten Gewerkschaftsrecht im katholischen Lager. In dem letzteren hat Paderborn, wie der Redner hervorhob, eine bedeutende Rolle zugunsten der

christlichen Gewerkschaften gespielt. Mancher entscheidende Schritt, der zur Verteidigung des christlichen Gewerkschaftsgedankens unternommen wurde, hat von hier seinen Ausgang genommen. Der gesamte katholische Klerus und besonders die höchsten kirchlichen Stellen haben sich hier in hervorragender Weise für uns eingesetzt. Dieses auch in der ganzen Folgezeit uns entgegengebrachte Vertrauen verpflichtet auch uns zu Vertrauen. Wir wollen keine Zerstückung der kirchlichen Vereine und Organisationen, verlangen vielmehr von unseren Mitgliedern, daß sie sich in ihren konfessionellen Vereinen mit ganzer Kraft betätigen. Denn wir wissen, daß nur so ein wirklicher Fortschritt der Arbeiterschaft erreicht wird. Der Redner kennzeichnete dann die wichtige Stellung des Arbeiters im Wirtschaftsleben. Die Erarbeitung des Volkvermögens sei in der Hauptsache sein Werk. Aber man war nicht gesonnen, ihm die entsprechenden Rechte einzuräumen. Das hat die Arbeiter gezwungen, die Gewerkschaften zu schaffen und auszubauen, sowie auch gelegentlich ihre Machtmittel einzusetzen. Nachdem er noch die Erfolge der Gewerkschaften im einzelnen besprochen hatte, sollte er Anerkennung der mustergültigen Arbeit der Verwaltungsstelle Paderborn in den verfloßenen 25 Jahren und gab dem Wunsch Ausdruck, daß ihr auch in Zukunft eine gleiche günstige Entwicklung beschieden sein möge. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf nahm der Bezirksleiter Berner in feierlicher Weise die Ehrung der Jubilare vor. Er wies darauf hin, daß die beiden Kollegen Gilebrod und Kainers ununterbrochen 25 Jahre der Verwaltungsstelle angehören und stets an hervorragender Stelle für das Wohl der Kollegen gearbeitet haben. Der Tod hat uns einige der Gründer entzogen, weitere sind in andere Berufe übergetreten. Die Namen der letzteren Kollegen aus der Gründungszeit sind Maurer Johannes Heger, Zimmerer Josef Butterwegge, Zimmerer Ferdinand Altmicks und Zimmerer Konrad Pöngeling. Auch ihnen dankte der Redner für ihre in der Gründungszeit geleistete Arbeit für den Verband. Den Jubilaren wurde eine fein ausgeführte Ehrenurkunde und eine Silbernadel überreicht und ein donnerndes Hoch auf sie ausgebracht.

Den Jubeltag beschloß ein Ball, welcher sehr gut und harmonisch verlief.

Die christliche Bauarbeiterschaft von Paderborn und Umgebung geht mit neuer Latkraft und Begeisterung ins zweite Vierteljahrhundert. Möge der Jubeltag einen Markstein in der Geschichte der christlichen Bauarbeiterbewegung Paderborns bilden!

Verwaltungsstelle Gleiwitz. Am 26. Mai fand im Gewerkschaftshaus unsere diesjährige Bezirkskonferenz statt. Vom Hauptvorstand war Koll. Wiedeberg erschienen, der in den vorhergehenden Tagen in Hindenburg und Gleiwitz in Versammlungen sprach. Der Versammlungsbesuch in Hindenburg ließ infolge des darauf folgenden Festes zu wünschen übrig, da die Kollegen abreisten.

Die Konferenz begann am 26. Mai um 10 Uhr. Koll. Heidrich erstattete den Jahresbericht. Er führte ungefähr folgendes aus:

Seit der letzten Konferenz im Mai 1926 haben sich die Dinge auf wirtschaftlichem, sozialem und auch auf gewerkschaftlichem Gebiete wesentlich geändert. Die allgemeine wirtschaftliche Lage und auch die des Baugewerbes war in den letzten Jahren und besonders im letzten schlecht. Obgleich große Erwartungen auf das Leistungsprogramm gesetzt wurden, war die Bautätigkeit bis Mitte Juli 1926 die denkbar schlechteste, waren doch im Juli noch etwa 35 Prozent der Mitglieder ohne Arbeit. Durch Bewilligung größerer Mittel für den Wohnungsbau setzte Mitte Juli eine als gut zu bezeichnende Bautätigkeit ein, die bis in den Spätherbst anhält und einem größeren Teil Kollegen Arbeitsmöglichkeit bot. Die Organisation hat alles getan, was in ihren Kräften stand, um den arbeitslosen Kollegen Arbeit zu verschaffen. Trotz der schlechten Bautätigkeit zu Anfang des Jahres und obgleich ein Heer Unorganisierter im Kampfe gegen die Organisation stand, war es der Organisation möglich, die Löhne um 2 Pf. zu verbessern. Eine glatte Konjunktur war auch in diesem Jahre zu verzeichnen, so daß die Lohnfrage nicht unseren Wünschen entsprechend geregelt werden konnte. Es wird in Zukunft eines harten Kampfes bedürfen, um das Bestreben nachzuholen. Eirenlischerweise wählt wieder die Einsicht in die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Der beste Beweis dafür ist, daß in den letzten zwei Monaten weit über 500 Kollegen unserem Verbande beigetreten und 40 zu uns übertreten sind. Es muß gelingen, für die Lohnverhandlungen im nächsten Jahr einen starken christlichen Bauarbeiterverband zu schaffen, um in der Lohnfrage eine Annäherung an die übrigen Bezirke Deutschlands zu erreichen. Das wird mit davon abhängen, daß jeder christlich organisierte Bauarbeiter darauf achtet, daß auch sein Mitarbeiter unserem Verbande angehört.

Strenge Pflicht aller Kollegen ist der Besuch der Versammlungen, wo die Kollegen in allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen Aufklärung erhalten. Den jugendlichen Kollegen ist mit Rat und Tat beizustehen, und natürlich sind sie dem Verbande zuzuführen.

Von besonderer Wichtigkeit für die Ausbreitung des Verbandes ist das Bundelegiertenwesen. Denn wo ein tüchtiger Bundelegierter ist, da ist es auch um die Organisation auf der Baustelle gut bestellt. Die Tätigkeit des Verwaltungsvorsitzenden war im verfloßenen Jahr sehr vielseitig. Die unsoziale

Einstellung unserer Arbeitgeber machte 46 Klagen am Gewerbegericht erforderlich, die bis auf zwei mit vollem Erfolg durchgeführt wurden. Die erstrittene Summe beträgt 3326,38 Mark.

Große Schwierigkeiten bereitet die Sicherung der Erwerbslosenfürsorge für die Kollegen. Es mußten 104 Schriftstücke angefertigt werden. In zwei Fällen ist Beschwerde beim Reichsministerium eingelegt worden.

Im Berichtsjahr fanden 9 Vorstandssitzungen, zwei Vertrauensmännerkonferenzen, 2 Landeskongresse für das Silesische Ländchen, 147 Versammlungen, 18 Sitzungen mit Arbeitgebern und 12 mit Konf. Vereinen statt.

Anschließend gab Koll. B. Heidrich den Kassienbericht. Die Mitgliederzunahme brachte auch eine Steigerung der Einnahmen mit sich. Leider wird immer noch mit den Arbeitslosennarfen Unfug getrieben, so daß die Kasseneinnahmen bei weitem nicht der Mitgliederzahl entsprechen.

Koll. Heidrich mahnte besonders zu pünktlicher Einjendung der einkassierten Gelder, um dem Restantenwesen endlich ein Ende zu bereiten. Weit über 800 Mark befinden sich aus verfloßenen Quartalen noch in den Ortsgruppen, die umgehend eingekandt werden müssen, soll eine Schädigung des Verbandes vermieden werden.

Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt.

Es wurde dann zur Vorstandswahl geschritten. Diese hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Adolf Doppel, 2. Vorsitzender: Franz Heidrich, Beisitzer: Franz Galfar und Paul Hybarczik, 1. Kassierer: Paul Heidrich, 2. Kassierer: Franz Gohla, 1. Schriftführer: Alf. Jozik, 2. Schriftführer: Franz Dambowh, Kassierprüfer: Franz Popiollak, Jakob Mainka, Fab. Koznik.

Sodann erhielt Koll. Wiedeberg das Wort zu seinem Vortrag. Koll. Wiedeberg schilderte eingehend die wirtschaftliche Lage Deutschlands sowie die des Verbandes. Erstere darf nicht so schwarz gesehen werden, wie sie die Arbeitgeber schildern. Die Rationalisierung ist auf Kosten der Arbeiterschaft durchgeführt worden. Den Unternehmern hat sie doppelten Gewinn gebracht, weil trotz technischer Vervollkommnung der Betriebe die Preise vielfach gestiegen sind. Weiter sprach Koll. Wiedeberg über die Bedeutung der Betriebsräte, das Arbeitslosenproblem und über den Stand unseres Verbandes. Er fand damit den begeisterten Beifall der Versammlung. Eine Aussprache fand infolge der klaren und offenen Rede nicht statt.

Koll. Gottschall berichtete zum Schluß über die bezirkliche Lohnverhandlungen für beide Provinzen. Oberschlesien hat heute die niedrigsten Löhne sämtlicher Bezirke. Es wird Aufgabe der Kollegen sein, jeden Unorganisierten dem Verbande zuzuführen, wenn in der Folgezeit der Ausgleich der Löhne mit den übrigen Bezirken hergestellt werden soll. Nur durch die geschlossene Organisation der Bauarbeiter kann die Willkür der Unternehmer gebrochen werden. Die Wirtschaft ist nicht ihrethalben da, sondern auch wir sind Träger der Wirtschaft. Es steht uns deshalb das Recht zu, aus den Erträgen der Wirtschaft das zu fordern, was wir zu einem anständigen Leben brauchen. Nicht lange Arbeitszeit und farge Löhne bringen uns und die Wirtschaft vorwärts, sondern eine kaufkräftige Arbeiterschaft.

Auf diese Ausführungen folgte eine rege Diskussion, die infolge fortgeschrittener Zeit abgebrochen werden mußte.

Zum Schluß dankte Koll. Heidrich allen Mitarbeitern sowie dem Koll. Wiedeberg für sein Erscheinen nach langen Jahren in Oberschlesien und sprach die Hoffnung aus, daß es gelingen möge, unseren Verband in diesem Jahre auf die doppelte Zahl zu bringen.

Ortsgruppe Beuthen. Am 27. Mai fand in Beuthen im Gewerkschaftshaus unsere diesjährige Generalversammlung statt. Koll. Heidrich-Gleiwitz referierte über den Reichs- und Bezirksarbeitsvertrag sowie über soziale Fragen, im besonderen über die bevorstehenden sozialen Wahlen. Den lehrreichen Ausführungen folgte eine rege Diskussion, wobei die Unzufriedenheit über die letzte Lohnverhandlung zum Ausdruck kam. Fast alle Diskussionsredner wollen für die Stärkung der Organisation eintreten, da nur durch Geschlossenheit und starkes Anwachsen des christlichen Bauarbeiterverbandes der Ausgleich der ober-schlesischen Löhne mit den übrigen Bezirken Deutschlands erreicht werden kann.

Das Nichterscheinen des Koll. Wiedeberg in dieser Versammlung wurde sehr bedauert, da mehr als 100 Kollegen seiner warteten.

Die Vorstandswahl ergab als 1. Vorsitzenden Georg Meißner, als 2. Vors. Jarolim, als 1. Kassierer Jozik, als Schriftführer wurde der bisherige wiedergewählt.

Allgemein wurde zum Ausdruck gebracht, Koll. Wiedeberg möge bei gelegentlichem Aufenthalt in Oberschlesien auch die Feste Beuthen des christl. Bauarbeiterverbandes besuchen.

Sterbetafel

Unser Mitglied Wilhelm Kraus aus Volkshausen ist am 16. Mai infolge Blinddarmentzündung gestorben.

Verwaltungsstelle Kln.

Ehre seinem Andenken!